



Mildbader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.90 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1.68 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Großdruck Nr. 50 bei der Oberamtsdruckerei Weinstadt Zweigstelle Wildbad. — Druckerei: Enztaldruckerei & Co., Wildbad; Buchbinder: Buchbindermeister Johann Wildbad. — Postfach Nr. 14 Wildbad. — Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Besten Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Kleinanzeigen 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Inserate und bei Anzeigenverteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Beginn der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Notfällen oder wenn gerichtliche Zeitschreibung notwendig wird, fällt jede Nachlässigkeitsmaßnahme weg. — Druck, Verlag u. Vertrieb: Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 56, Tel. 479. — Wohnung: Villa Habertus

Nummer 169

Formel 479

Freitag, den 22. Juli 1932

Formel 479

67. Jahrgang.

Rundfunkrede des Reichskanzlers

Berlin, 21. Juli. In der für die Reichsregierung vorbehaltenen Stunde hielt gestern abend 7 Uhr Reichskanzler v. Papen im Rundfunk folgende Rede:

Deutsche Frauen und deutsche Männer!

Mit dem heutigen Tage bin ich durch den Herrn Reichspräsidenten zum Reichskommissar für Preußen bestellt worden. In dieser Eigenschaft habe ich auf Grund der mir erteilten Vollmachten den bisherigen preussischen Ministerpräsidenten Brauns und den preussischen Minister des Innern Seewering ihrer Ämter enthoben. Die Reichsregierung hat sich nach sorgfältiger Prüfung der Sachlage entschlossen, diesen Schritt dem Herrn Reichspräsidenten vorzuschlagen. Sie beschränkt sich dabei auf die notwendigen Maßnahmen, die zur Wiederherstellung geordneter Rechtszustände im preussischen Staatsgebiet erforderlich sind.

Lassen Sie mich zum Verständnis der Lage kurz die politische Lage in Preußen und die Gründe für die getroffenen Maßnahmen schildern. Die preussische Staatsregierung ist am 19. Mai freiwillig zurückgetreten und führt seitdem nur die laufenden Geschäfte gemäß Artikel 59 der preussischen Verfassung. Der neue Landtag war auf Grund der vom alten Landtag, und zwar von den Parteien der Weimarer Koalition, herbeigeführten Aenderung der Geschäftsordnung nicht in der Lage, die Wahl eines Ministerpräsidenten vorzunehmen. Die auf diesen Vorgängen beruhende parlamentarische Grundlage des geschäftsführenden Kabinetts ist entscheidend von der tatsächlichen Haltung der kommunistischen Partei abhängig. Denn nach den Wahlen zum preussischen Landtag entfielen 47 Prozent der abgegebenen Stimmen auf die NSDAP, und DNVP, 37 Prozent auf alle übrigen Parteien und der Rest von 16 Prozent auf die Kommunisten. Ich will hier nicht im einzelnen zu der Frage Stellung nehmen, wie weit man noch von geordneten parlamentarischen Verhältnissen sprechen kann, wenn durch die Haltung der einzelnen Parteien der kommunistischen Partei eine Schlüsselstellung eingeräumt wird. Diese Vorgänge allein hätten aber die Reichsregierung an sich nicht veranlaßt, einen unmittelbaren Einfluß auf die Verhältnisse in Preußen zu nehmen. Aber über die Beurteilung der formalen parlamentarischen Lage hinaus muß die klare Frage gestellt werden, ob wir bei verantwortungsbewusster Prüfung der Willensmeinung des deutschen Volks ein Recht haben, die für die NSDAP abgegebenen Stimmen in gleichem Umfang wie die Stimmen anderer Parteien zu würdigen.

Die kommunistische Partei Deutschlands erstrebt nach ihrem eigenen Bekenntnis und nach zahlreichen Feststellungen der höchsten deutschen Gerichte den gewaltsamen Umsturz der Verfassung; sie arbeitet seit Jahr und Tag mit allen Mitteln an der Zerschlagung der Polizei und Wehrmacht, sie versucht mit den verschiedensten Methoden die Zerschlagung der religiösen, sittlichen und kulturellen Grundlagen unseres Volkstums, und endlich ist es die NSDAP, die durch ihre illegalen Terrorgruppen Gewalt und Mord in den politischen Kampf hineingetragen hat. Will sich das deutsche Volk dieser Tatsache verschließen, will es außer Acht lassen, daß die Tätigkeit der NSDAP einen beharrlichen Kampf gegen die Lebensgrundlagen von Staat, Kirche, Familie und Millionen von Einzelschicksalen bedeutet? Das kann nicht sein. Ich stehe nicht an, in aller Offenheit zu erklären, daß es die sittliche Pflicht einer jeden Regierung ist, einen klaren Trennungsschritt zwischen den Feinden des Staates, den Zerstörern unserer Kultur und den um das Gemeinwohl ringenden Kräften unseres Volks zu ziehen.

Weil man sich zu dieser, dem einfachen und natürlichen Rechtsempfinden entsprechenden Folgerung nicht entschließen konnte, weil man die sittlichen Elemente der politischen Bewegungen außer Acht ließ, hat sich von Monat zu Monat und von Tag zu Tag die Radikalisierung des politischen Kampfes gesteigert. Weil man sich in maßgebenden politischen Kreisen nicht dazu entschließen kann, die politische und moralische Gleichsetzung von Kommunisten und Nationalsozialisten aufzugeben, ist jene unnatürliche Frontenbildung entstanden, die die staatsfeindlichen Kräfte der Kommunisten in eine Einheitsfront gegen die aufstrebende Bewegung der NSDAP einreicht. Die Reichsregierung ist frei von politischen Bindungen, sie ist aber nicht befreit von der sittlichen Pflicht, offen die Feststellung zu treffen, daß die Grundlagen des Staates durch eine solche gleichberechtigte Einschaltung staatsfeindlicher Elemente in den politischen Kampf aufs äußerste gefährdet werden.

Die Reichsregierung hat in erster Sorge diese Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse beobachtet. Sie hat seit Antritt ihres Amtes nach reiflicher Überlegung darauf verzichtet, in diese Entwicklung einzugreifen, solange sie eine Sache der Parteien blieb. Die Regierung war aber von dem Augenblick an zu eigenem Handeln verpflichtet, von dem die zuerst nur aus parteitaktischen Gründen verfolgte Einschaltung der Kommunisten in eine Einheitsfront gegen die NSDAP, auch auf Maßnahmen verantwortlicher Regierungsstellen übergegangen hat. Hier geht es um die

Tagespiegel

Reichskanzler von Papen hat die Ministerpräsidenten der Länder auf Samstag, den 23. Juli zu einer Besprechung in das württembergische Staatsministerium nach Stuttgart eingeladen.

Die Weim. Regierung hat zu der Frage der Einschaltung eines Staatskommissars für Preußen an den Herrn Reichspräsidenten und den Herrn Reichskanzler ein Schreiben gerichtet. Der Wortlaut wird der Öffentlichkeit übergeben werden, sobald die Empfänger im Besitz des Schreibens sein werden.

Die badische Staatsregierung hat eine Feststellungsklage beim Staatsgerichtshof in Leipzig gegen die Reichsregierung erhoben, in der sie die Berechtigung der Maßnahmen der Reichsregierung bestritt.

Unter Gewährung des gesetzlichen Wartegelds sind in Preußen sofort einzuweisen in den Ruhestand versetzt worden: 3 Staatssekretäre (Albegg, Staubinger, Krüger), ein Ministerialdirektor (Baldt), die Oberpräsidenten von Niederschlesien, Prov. Sachsen, Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau, die Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O., Leipzig, Magdeburg, Merseburg, Lüneburg, Münster i. W., die Polizeipräsidenten in Königsberg, Kiel, Köln, Elbing, Sagan i. Westfalen, Kassel, Oppeln, Altona, die Polizeidirektoren in Wilhelmshaven und Schneidemühl. Diese Beamten sind größtenteils sogenannte „Parteibeauftragte“. Soweit eine Neuabteilung der freigewordenen Stellen erfolgt, wird dabei auf Wartegeldsbeamte zurückgegriffen. Soweit die Stellen durch aktive Beamte neu besetzt werden, werden entsprechende Stelleneinsparungen vorgenommen werden.

Der Militärbefehlshaber hat an die Polizeibehörden von Berlin und Brandenburg einen Erlaß gerichtet, daß die Polizei, soweit Waffengebrauch erforderlich ist, von der durch die Lage gebotenen Art der Waffe jeweils schnellstens Gebrauch zu machen habe.

Im Rundfunk werden sprechen am Freitag, 22. Juli, abends 7 Uhr, der kommissarische preussische Staatsminister des Innern Dr. Brauns; Samstag, 23. Juli, abends 7 Uhr, der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Freiherr v. Brauns, und am Dienstag, 26. Juli, abends 8.05 Uhr bis 8.30 Uhr, der Reichswehrminister, General v. Schleicher. Sämtliche Reden werden von allen deutschen Sendern übernommen.

Der preussische Beamtenbund fordert die Beamenschaft auf, unbeirrt ihren dienstlichen Verpflichtungen nachzukommen und für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags ist für Freitag vormittag zu einer Sitzung einberufen worden.

Oberstaatsanwalt Elwert-Hellbronn, der Verfasser des Romans „Wechwidlo“, durch den Staatsanwalt Dr. Hagedorn unbeabsichtigt, und jedenfalls unbedeutendweise in Äben Verdad kam — Dr. Hagedorn vertritt die Anklage im Prozeß Wolf und Jakobowich-Kienle — ist nunmehr von der Disziplinarkammer zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Damit findet diese unerquickliche Angelegenheit ihren Abschluß.

Das 11. Deutsche Sängerbundesfest wurde am Donnerstag im historischen Kaiserhof des Römers in Frankfurt am Main mit der Heberade des Bundesleiters durch Jachym-Wien an den Vorständen des Festauschusses, Hermann, eröffnet. Oberbürgermeister Dr. Landmann übernahm das Banner in die Obhut der Stadt.

Die Zahl der unterstufen Arbeitslosen im Reich ist in der ersten Julihälfte um rund 16 000 auf 5 492 000 angewachsen. Südslawien und die Tschechoslowakei werden dem französischen „Vertrauensabkommen“ beitreten.

Die britische Reichskonferenz wurde am 21. Juli in Ottawa (Kanada) eröffnet.

Der irische Senat hat die Vorlage über Kampjaff in England angenommen.

Die Druckerei der kommunistischen „Rosen Jahrb.“ ist wegen Drucks eines verbotenen Flugblatts geschlossen worden.

Die Berliner Frühpost ist am Donnerstag nicht in Stuttgart eingetroffen. Die Briefpost kam erst 10.30 Uhr in Stuttgart an, die Zeitungspost blieb aus.

Autorität des Staates. Hier durfte nicht gezögert werden, im Interesse des Staates sofort Klarheit zu schaffen. Diese zwingende Notwendigkeit eines Eingriffs hat sich gegenüber der preussischen Staatsregierung ergeben. Es ist kein Zufall, daß nur in Preußen die kommunistischen Kampforganisationen einen Umfang annehmen konnten, der eine ständige Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung darstellt. Es ist kein Zufall, daß nur in Preußen der Wahlkampf von einer erschreckenden Vermehrung blutiger Auseinandersetzungen begleitet worden ist. Die Feststel-

lungen der letzten Zeit haben ergeben, daß die weitaus überwiegende Zahl der schweren Unruhen nur auf Angriffe kommunistischer Terrorgruppen zurückzuführen ist. Wie einzelnen polizeilichen Maßnahmen, der hingebende Einsatz der örtlichen Polizeiorgane, haben eine dauernde und sichere Herstellung geordneter Verhältnisse nicht erzielen können.

Diese Aufgabe kann nur durch planmäßige und zielbewußte Führung gegen die Urheber der Unruhen gelöst werden.

Die Reichsregierung hat feststellen müssen, daß die Entwicklung der politischen Lage in Preußen einer Reihe von maßgebenden Persönlichkeiten die innere Unabhängigkeit genommen hat, alle erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der staatsfeindlichen Betätigung der NSD. zu treffen. Wenn beispielweise hohe Funktionäre der preussischen Staats ihre Hand dazu bieten, Führern der kommunistischen Partei die Verschleierung illegaler Terrorabsichten zu ermöglichen; wenn offen ein preussischer Polizeipräsident seine Parteigenossen auffordert, man möge die Kreise der Kommunisten nicht stören — dann wird die Autorität des Staates von oben her in einer Weise untergraben, die für die Sicherheit des Reichs unerträglich ist.

Die Maßnahmen der Reichsregierung richten sich nicht gegen die Selbständigkeit des Landes Preußen. Sie beschränken sich bewußt darauf, die Grundlagen für die Herstellung eines ordnungsmäßigen Rechtszustands zu schaffen. Diese Grundlage muß aber die Wiederherstellung einer Staatsautorität, die völlig frei von einer irgendwie gearteten Verbindung zur staatsfeindlichen kommunistischen Partei ist.

Die Reichsregierung will durch ihre Maßnahmen eine geordnete Durchführung des Wahlkampfes sicherstellen. Sie wird die freie politische Betätigung nur so weit einschränken, als es zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung unbedingt erforderlich ist. Sie geht dabei von der Auffassung aus, daß die Ruheförder — gleichviel von welcher Seite sie kommen — so scharf in ihre Grenzen zurückgewiesen werden müssen, daß dem Volk der Austrag des Wahlkampfes ermöglicht wird. Im Verlauf der von mir als Reichskommissar für Preußen angeordneten Maßnahmen hat sich herausgestellt, daß der bisherige preussische Innenminister der Verfassungsmäßigkeit zu Recht erfolglos Verfolgung des Herrn Reichspräsidenten nicht folgen wollte. Er hat erklärt, nur der Gewalt weichen zu wollen. Nur aus diesem Grunde hat die Reichsregierung, einer Ermächtigung des Herrn Reichspräsidenten folgend, den militärischen Ausnahmezustand für Berlin und Brandenburg erklärt. Der militärische Ausnahmezustand wird selbstredend nur so lange aufrecht erhalten, als es die Herstellung gesicherter Verhältnisse verlangt. Die Selbständigkeit des Landes Preußen im Rahmen der Reichsverfassung wird nicht angetastet. Die Reichsregierung erwartet vielmehr, daß alsbald eine Beendigung des auf Grund der Notverordnung geschaffenen Zustands eintreten wird.

Mein Wunsch, mit den übrigen preussischen Ministern zusammenzuarbeiten, ist inzwischen durch einen Brief durchkreuzt worden, in dem die Herren es ablehnen, mit mir zusammenzuarbeiten. Damit haben diese Herren selbst eine neue Sachlage geschaffen.

Die Reichsregierung wird auf dem von mir als richtig erkannten Weg unbeirrt fortfahren.

Reichsregierung und Preußen

Papens Antwort an Brauns

Berlin, 21. Juli. Reichskanzler v. Papen hat an den Ministerpräsidenten a. D. Brauns folgendes Antwortschreiben gerichtet:

Auf Ihr geehrtes Schreiben beziehe ich mich, zu erwidern, daß Ihre Enthebung vom Amt des preussischen Ministerpräsidenten auf Grund des Artikels 1 der Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen erfolgt ist, wie ich mir bereits durch mein Schreiben vom 20. Juli 1932 mitteilen erlaubt habe.

Bei der vorübergehenden militärischen Besetzung des Amtsgebäudes des preussischen Staatsministeriums handelte es sich um eine Maßnahme des Militärbefehlshabers, auf den gemäß § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten betr. die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg vom 20. Juli 1932 die rollierende Gewalt übertragen worden ist.

Die genannten Verordnungen des Herrn Reichspräsidenten sind auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 und 2 bzw. auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung erlassen worden.

Die Gründe für die von Ihnen beanstandeten Maßnahmen habe ich gestern der Öffentlichkeit bekanntgegeben.

Severings Amtsenthebung vollzogen

Berlin, 21. Juli. Gestern Abend erschien, wie berichtet, der Bevollmächtigte des Reichskommissars, Dr. Bracht, in Begleitung des neuen Polizeipräsidenten Meißner und eines Polizeioffiziers abermals im preussischen Innenministerium und forderte den Minister Severina auf, sein Amt niederzulegen. Severina weigerte sich, der Aufforderung nachzukommen. Als Dr. Bracht sodann die Anwendung von Gewalt androhte, verließ Severina die Räume und begab sich in seine im gleichen Gebäude befindliche Wohnung.

Dr. Bracht hat heute die Leitung des Innenministeriums übernommen.

Strafanzeige gegen Grzesinski, Weiß und Heimannsberg

Berlin, 21. Juli. Militärbefehlshaber Generalleutnant v. Kundstedt hat beim Generalstaatsanwalt beim Landgericht I gegen Grzesinski, Weiß und Heimannsberg auf Grund des § 3 der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli über den militärischen Ausnahmezustand in Preußen und Brandenburg Strafanzeige erstattet. General v. Kundstedt hat als Militärbefehlshaber gestern den drei Beschuldigten nach der Amtsenthebung den Befehl erteilt, sich jeder Amtshandlung zu enthalten. Die Beschuldigten haben aber bis zu ihrer Entfernungsanordnung aus dem Dienst weiter ihre Amtsgeschäfte ausgeübt, obwohl sie die Zuständigkeit des militärischen Bevollmächtigten anerkannt hatten.

Grzesinski aus der Haft entlassen

Berlin, 21. Juli. Grzesinski, Weiß und Heimannsberg sind aus der Schubhaft in Moabit entlassen worden, nachdem sie folgenden, ihnen von einem Reichswehroffizier vorgelegten Versicherungsschein unterzeichnet hatten: „Nach meiner gewaltamen Entfernung aus dem Amt erkläre ich mich bereit, mich jeder weiteren Dienstmaßnahme zu enthalten.“

Weitere Entlassungen

Berlin, 21. Juli. Ihrer Ämter wurden weiter enthoben Staatssekretär Staudinger im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe, an dessen Stelle der Reichskommissar für das Berggewerbe, Ministerialdirektor Dr. Ernst tritt, sowie der Staatssekretär im preussischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Krüger, der durch den Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Rüssel, ersetzt wird.

Der Staatssekretär im preussischen Staatsministerium Dr. Weichmann ist zurückgetreten.

Heid protektiert

München, 21. Juli. In Telegrammen an den Reichspräsidenten und den Reichskanzler hat der bayerische Ministerpräsident Dr. Heide gegen die Reichsmaßnahmen in Preußen Widerspruch erhoben, die nach seiner Ansicht nicht verfassungsgemäß seien und die Existenzgrundlage der Länder bedrohe.

Die bayerische Staatsregierung hat beim Staatsgerichtshof in Leipzig beantragt, die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen an Stelle der Landesregierung, sowie die Amtsenthebung von Landesministern für unvereinbar mit der Verfassung zu erklären. Die Reichsverordnung vom 20. Juli 1932 berühre verfassungsmäßige Rechte aller Länder.

Am Samstag Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof

Leipzig, 21. Juli. Vom Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich ist Verhandlungstermin über den Antrag des bisherigen preussischen Staatsministeriums auf Erlass einer einstweiligen Verfügung auf Samstag vormittag 10 Uhr anberaumt worden. Den Vorsitz wird in Vertretung des beurlaubten Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bunke Senatspräsident Deggó führen.

Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstands

Berlin, 21. Juli. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat an die Partei einen Aufruf gerichtet, in dem es u. a. heißt: Der Kampf um die Wiederherstellung geordneter Rechtszustände in der deutschen Republik ist zunächst mit aller Kraft als Wahlkampf zu führen. Es liegt beim deutschen Volk, durch seinen Wortspruch am 31. Juli dem gegenwärtigen Zustand ein Ende zu bereiten, der durch das Zusammenwirken der Reichsregierung mit der nationalsozialistischen Partei entstanden ist. Die Organisationen sind

in höchste Kampfbereitschaft zu bringen. Strengste Disziplin ist mehr denn je geboten. Wilden Parolen von unbefugter Seite ist Widerstand zu leisten. Einen fast gleichlautenden Aufruf verbreitet die Kampfleitung der Eisernen Front.

Rundgebung der Gewerkschaften

Berlin, 21. Juli. Der Allg. Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allg. Freie Angestelltenbund, der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften, der Verband deutscher Lehr- und Staatsbediensteten, der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände, der Allg. D. Beamtenbund und der Deutsche Beamtenbund erklärten in einem gemeinsamen Aufruf ihrer Vertreter: Trotz der Aufregung in ihren Kreisen müsse Besonnenheit bewahrt werden. Die Lage in Preußen sei nicht endgültig entschieden. Der Staatsgerichtshof sei angerufen, die entscheidende Antwort müsse aber der 31. Juli geben. Die Stunde des Handelns lassen sich die Gewerkschaften nicht von den Gegnern vorschreiben.

Die Weigerung der preussischen Minister

Berlin, 21. Juli. Die C.R.B. von zuständiger Stelle erfährt, bezeichnet man es in Kreisen der Reichsregierung als völlig unverständlich, daß eine Reihe preussischer Minister und höherer Beamter die Rechtsgrundlage der Maßnahmen der Reichsregierung in Zweifel gezogen habe. Diese Maßnahmen der Reichsregierung sind auf Grund einer Notverordnung des Reichspräsidenten erfolgt, und daher durchaus rechtmäßig in Kraft. Es steht jedem die Möglichkeit offen, gegen die Notverordnung den gesetzlich festgelegten Rechtsweg zu beschreiten. Diese Möglichkeit kann aber niemanden entbinden von der Verpflichtung, zunächst den Bestimmungen der Notverordnung Folge zu leisten. Daher müßten die Anordnungen der Reichsregierung unbedingt durchgeführt werden.

Erste preussische Kabinettsitzung

Berlin, 21. Juli. Dr. Bracht hat heute vormittag die Leitung des preussischen Innenministeriums übernommen. Der Wechsel in den Ämtern, deren geschäftsführende Minister Reichskanzler v. Papen in seiner Eigenschaft als Reichskommissar gestern Abend ebenfalls ihres Postens enthoben hat, vollzog sich ähnlich wie der im preussischen Innenministerium. Heute mittag um 12 Uhr fand die erste preussische Kabinettsitzung unter Leitung des Herrn v. Papen statt. Es handelte sich im wesentlichen darum, das Kabinett durch Beauftragung der Staatssekretäre zu vervollständigen. Die drei wichtigsten Ministerien sind naturgemäß das Ministerpräsidentium, das in Preußen den Namen „Staatsministerium“ führt, das Innen- und das Finanzministerium. Die beiden ersten Ämter sind durch Herrn v. Papen und Dr. Bracht besetzt. In unterrichteten Kreisen gilt es bereits sicher, daß der Staatssekretär des Finanzministeriums, Schleuse, die Leitung dieses Ministeriums übernehmen wird. Ferner rechnet man damit, daß Staatssekretär Hölscher das Justizministerium, Staatssekretär Professor Scheidt das Wohlfahrtsministerium und Staatssekretär Dr. Lammer das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung übernehmen wird.

Dr. Bracht im Amt

Berlin, 21. Juli. Der kommissarische preussische Minister des Innern Dr. Bracht hat heute die Amtsgeschäfte übernommen. Er hat den bisherigen Staatssekretär Dr. Abegg sofort seiner Dienstgeschäfte enthoben.

Die Pressestelle des preussischen Ministeriums des Innern stellt bis auf weiteres ihre Tätigkeit ein. Der Leiter, Ministerialrat Dr. Hirschfeld, ist von seinen Dienstgeschäften entbunden. Die politischen Mitteilungen der preussischen Staatsregierung, insbesondere des preussischen Ministers des Innern, werden von der Presseabteilung der Reichsregierung ausgegeben.

Verksammlungsverbot in Brandenburg

Luckenwalde, 21. Juli. In Luckenwalde, wo es schon am Sonntag zu einem Ueberfall von Kommunisten auf einen nationalsozialistischen Umzug gekommen war, hatten für Mittwoch Abend Nationalsozialisten und Kommunisten Kundgebungen einberufen. Der Regierungspräsident in Potsdam schickte ein größeres Schupoausgebot mit Karabinern nach Luckenwalde und machte gleichzeitig dem militärischen Befehlshaber in der Provinz Brandenburg Mitteilung, daß Zusammenstöße zu befürchten seien. Der militärische Befehlshaber hat daraufhin beide Kundgebungen verboten.

Auf einer so schlechten Straße war eine Schnelligkeit von achtzig Kilometern ein Wahnsinn, und Jan stand im wahrsten Sinn des Wortes Todesangst aus. Erst nach einigen Kilometern legte sich dies Gefühl bei ihm, als er nämlich bemerkte, daß sein Herr ganz außergewöhnlich sicher und bei aller Schnelligkeit doch vorsichtig fuhr. Das zeigte sich beim Vorbeifahren an den anderen Kraftwagen und beim Durchfahren von Kreuzungen und Ortschaften. Schließlich begann sogar eine Art Bewunderung in ihm aufzusteigen, wenn er sah, wie Bernoff in Wagen, die entweder durch langsameres oder schnelleres Fahren aufgelöst werden konnten, mit unfehlbarer Sicherheit die größere Schnelligkeit wählte.

Aber schließlich war er doch froh, als sie in der Rekordzeit von neunundvierzig Minuten vor der Börse in Amsterdam hielten. Er fühlte sich wie gerädert.

Bernoff sprang heraus und rief ihm die Worte zu: „Federn nachsehen!“

Dann verschwand er im Gebäude. In Jans Achtung war er bedeutend gestiegen. Ins Theater ging Bernoff nie. Aber bei allen Abenden im Concertgebouw, wenn Mengelberg dirigierte, war er anwesend.

Die Einrichtung seines Hauses war nicht überladen aber durch und durch gediegen und geschmackvoll.

Rur sein Schlafzimmer, das allerdings niemand außer Jan sonst betrat, war sportanisch einfach. Daran hing noch eine Geschichte, über die man herzlich hätte lachen können, wenn in Bernoffs Haus überhaupt gelacht worden wäre.

Als die Einrichtung des Hauses abgeliefert wurde, war Bernoff nicht anwesend. Jan und die Leute, die der Möbeldändler mitgeschickt hatte, stellten die Stücke nach eigenem

Gegen Beurteilung Brachs

Essen, 21. Juli. Der Fraktionsvorsitzende der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion gab zur Beurteilung des Oberbürgermeisters Dr. Bracht eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt, angesichts der großen Aufgaben, die der Stadt Essen in dieser kritischen Zeit oblagen, sei es unerträglich, wenn ein Verwaltungsleiter längere Zeit abwesend sei. Diese Tatsachen sollten die Stadtverordneten veranlassen, einer Beurteilung des Oberbürgermeisters ein entschiedenes Nein entgegenzusetzen.

Hugenberg über die Vorgänge in Preußen

Koblenz, 21. Juli. In einer deutschnationalen Wahlversammlung hier erklärte Dr. Hugenberg, in Preußen sei seine Vorherfrage in Erfüllung gegangen: „entweder wird die preussische Regierung die Reichsregierung verhaften oder umgekehrt“. Es sei ein wahrer Segen, daß der Zustand endlich aufgehört habe, daß in Berlin zwei verschiedene Behördenorganisationen sich gewissermaßen wie zwei feindliche Staaten gegenüberstehen.

NSDAP. zur neuen Lage in Preußen

München, 21. Juli. Die Nationalsozialistische Korrespondenz schreibt zu den Vorgängen in Preußen u. a., die Reichsregierung habe in Preußen die einzige Konsequenz gezogen, die für sie als oberste Aufsichtsbehörde zur Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit überhaupt noch in Frage gekommen sei. Um das Uebel an der Wurzel zu fassen, hätte mit der sofortigen Amtsenthebung des verantwortlichen sozialdemokratischen Polizeiministers Severing begonnen werden müssen. Die damaligen Warnungen der Nationalsozialisten seien heute gerechtfertigt. Ein Rattenchwanz von Strafprozessen werde hoffentlich bald den Schleier von Dingen wegziehen, die unter Severings Duldung, ja auf seine Veranlassung, geschehen seien und die für einen Rechtsstaat als beispiellos dastehen.

Reichsregierung und wirtschaftliches Aufbauprogramm

C.R.B. Berlin, 21. Juli. Das Reichskabinett ist heute um 11 Uhr vormittags zu einer Sitzung zusammengetreten, die sich im wesentlichen mit der Fortführung der Beratungen über das wirtschaftliche Aufbauprogramm beschäftigte. Das Reichskabinett will die Aufgabe des Aufbauprogramms jetzt mit verstärkter Energie vorwärts treiben. Das wird um so eher möglich sein, als die spannungsvolle Aktualität der preussischen Dinge schon recht bald wieder einer ruhigen Betrachtungsweise Platz machen dürfte. Es sind zwar in der preussischen Politik eine Reihe weiterer Maßnahmen, namentlich auf persönlichen Gebiet, zu erwarten. Es ist aber nicht richtig, daß der Staatssekretär des Reichsinnenministeriums, Dr. Zweigert, wie ein Berliner Morgenblatt behauptet, die Absicht hat, zurückzutreten. In Preußen selbst geht die Entwicklung in der vom Reichskanzler gewünschten Art weiter. Dr. Bracht hat neben der Leitung des Innenministeriums auch die Geschäfte des Staatssekretärs des preussischen Staatsministeriums übernommen. Unterrichtete Kreise rechnen mit einer sehr baldigen Aufhebung des Ausnahmezustandes in Berlin und Brandenburg, und zwar vielleicht schon für morgen. Auch davon verspricht man sich einen günstigen Einfluß auf die Öffentlichkeit in der Richtung einer weiteren Entspannung und Beruhigung.

Verordnung über Waffenebesitz

Berlin, 21. Juli. Der Inhaber der vollziehenden Gewalt erläßt folgende Verordnung:

Auf Grund der Notverordnung vom 20. Juli 1932 wird folgendes verordnet:

§ 1. Wer hinreichend verdächtig ist, eine strafbare Handlung mittels einer Waffe begangen oder eine Waffe unbefugt geführt zu haben, oder wer gemeinsam mit anderen an öffentlichen Orten bewaffnet erschienen ist, wird — unbeschadet der strafrechtlichen Verfolgung — in Haft genommen.

§ 2. Wer bei einer Waffendurchsuchung gegenüber der bewaffneten Macht oder der Polizei auf Befragen den Besitz von Waffen oder Munition oder andere ihm bekannte Bestände an Waffen oder Munition verheimlicht, wird — unbeschadet der strafrechtlichen Verfolgung — in Haft genommen.

§ 3. Die Haftandrohung unterliegt keiner Aufsehung.

§ 4. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Patentbüro Tel. 286 26 (25 jähr. Praxis)
Stuttgart, Königstraße 4 Koch & Bauer

Verrat an Woltmann

Von G. Panstingl.

Copyright 1932, by Dr. G. Panstingl, The Hague, Holland.

44. Fortsetzung

Sachverhalt verdichtet.

In der Kürze der Antwort lag die Zurechtweisung.

Ob Bernoff gut lenken konnte, wußte Jan nicht. Nach der Heimkehr untersuchte er den Wagen und stellte fest, daß alles in der besten Ordnung war. Die Kotflügel zeigten keine Abschürfungen, die Schaltung ging so lautlos wie früher, die Bremsen zogen ebenfalls gleich gut, ja sogar die Handbremsen hatte Bernoff angezogen, als er vor seinem Hause hielt.

Jan war zufrieden. Sein Herr konnte fahren. Wie gut, das sollte er allerdings erst ein paar Tage später erfahren. — Bernoff war zum Lunch beim russischen Gesandten im Haag eingeladen. Noch während des Essens ging das Telefon. Sein Sekretär gab ihm eine Mitteilung durch, die er soeben von der Bank, mit der Bernoff arbeitete, erhalten hatte. Dieser entschuldigte sich beim Gesandten und brach sofort auf. Beim Auto angekommen, an dessen Schlag Jan stand, sagte er kurz:

„Sehen Sie sich hinten in den Wagen. Ich fahre selbst.“

Im nächsten Augenblick schoß der Wagen weg, so daß Jan gegen die Rückwand flog.

Die Straße nach Leiden war damals eben in ziemlich schlechtem Zustand. Bernoff kümmerte sich darum nicht. Er drückte den Gashebel nieder, der Wagen flog mit achtzig Kilometer dahin, obwohl er auf der holperigen Straßendecke so stieß, daß Jan einmal mit dem Kopf gegen die Decke flog und sich eine Beule schlug.

Gutdünken auf. Jan brachte vor allem die beiden Schlafzimmer, die zunächst benötigt wurden, in Ordnung.

Das eine war ein nettes, einfaches Zimmer aus mattpoliertem Holz, das andere bestand aus einem Eisenbett und einem Stuhl, einem Tisch und einem Schrank aus Weichholz. Jan schüttelte ein wenig den Kopf, daß sein sonst doch nicht so knauseriger Herr für ihn eine gar so bescheidene Einrichtung gekauft hatte. Er nahm sich vor, sobald wie möglich von seinem eigenen Geld einiges dazu zu kaufen, und ließ die nichternen Möbelstücke in sein Zimmer hinunterschaffen. Das polierte Schlafzimmer richtete er für Bernoff ein.

Als dieser am Abend nach Hause kam, blieb er an der Schlafzimmertür überrascht stehen.

„Was ist denn das? Wo ist mein Schlafzimmer?“

„Welches Schlafzimmer, Herr Bernoff?“

„Die Weichholzmöbel natürlich!“ klang die kurze Antwort.

„Die habe ich unten in meinem Zimmer, Herr Bernoff.“

„Dann schlafe ich heute unten, und morgen wird gewechselt.“

Dabei blieb es auch, und Bernoffs Schlafzimmer war der schmuckloseste Raum im Haus.

Gegen seine Angestellten war er weder freundlich noch unfreundlich. Zwischen ihm und jenen stand eine unübersteigbare Wand. Er entlohnete sie gut und verlangte gute Arbeit. Konnten sie während der gewöhnlichen Werkzeit nicht fertig werden, so verlangte er Ueberstunden, die er allerdings glänzend bezahlte. Seine Privatsekretärin duldete er als notwendiges Uebel. Daß sie ein weibliches Geschöpf war, kam ihm gar nicht in den Sinn.

Fortsetzung folgt.

Es gab schon einmal einen Ausnahmezustand

Ende Oktober 1923, in der kritischsten Zeit der Inflation und des Ruhrkampfes, geriet der damalige Ministerpräsident von Sachsen, Zeigner (Soz.) mit der Reichsregierung in einen schweren Streit. Da er sich weigerte, den Anordnungen der Reichsregierung Folge zu leisten, wurde der militärische Ausnahmezustand verhängt. Auch jetzt gab Zeigner seinen Widerstand noch nicht auf, sondern bildete aus Sozialdemokraten und Kommunisten eine „Regierung der republikanisch-proletarischen Verteidigung“, deren Aufgabe es sein sollte, den politischen Kurs des Reichs zu durchkreuzen. Als er dann eine Aufforderung von Berlin aus, den Rücktritt dieser Regierung herbeizuführen, ablehnte und ausdrücklich erklärte, auf seinem Posten verharren zu wollen, kam es schließlich zu der Notverordnungsermächtigung des Reichspräsidenten Ebert an die Reichsregierung, die sächsische Regierung abzusetzen, eine Aufgabe, die am 29. Oktober 1923 Dr. Heinze als Reichskommissar im Benehmen mit der militärischen Kommandogewalt durchführte.

Weitere Unruhen

Gelsenkirchen, 21. Juli. Im Stadtkiez Buer gerieten gestern abend Angehörige der Eisernen Front und Nationalsozialisten in Streit, in dessen Verlauf drei Eisernen Front-Leute durch Schüsse erheblich verletzt wurden. Der Täter wurde festgenommen. Er ist ebenfalls verletzt.

Schwere Ausschreitungen in Berlin

Berlin, 21. Juli. Etwa 200 Kommunisten hatten sich kurz nach Mitternacht auf dem Kottbuser Damm angesammelt. Sie hielten einen Straßenbahnwagen und einen Autobus an und zwangen die Fahrgäste, auszusteigen. Sie durchschnitten den Strick zur Oberleitung der Straßenbahn, so daß der Wagen nicht weiterfahren konnte. Ferner versuchten sie, den Omnibus, dessen Scheiben sie zertrümmert hatten, umzuwerfen. Als das Ueberfallkommando erschien, flüchteten die Täter und entkamen. Die Beamten säuberten daraufhin die Gegend, wurden aber von den Kommunisten heftig beschossen. Durch die Schüsse wurde jedoch keiner der Beamten verletzt. Die Polizei erwiderte das Feuer. Ein Kommunist wurde so schwer verletzt, daß er bald nach der Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Der Jüngster Amtsvorsteher ermordet

Stettin, 21. Juli. Im Ostseebad Zinast wurde gestern abend der dortige Amtsvorsteher Köthner ermordet. Der Amtsvorsteher hatte sich zur Ueberwachung einer kommunistischen Versammlung begeben. Als es in dieser zu Unruhe kam, ermahnte Köthner einen Kommunisten zur Ruhe. Bald darauf verließ der Amtsvorsteher die Versammlung. Der von ihm verwahrte Kommunist folgte ihm und verletzte ihn einen Messerstich in den Kopf, der den sofortigen Tod zur Folge hatte. Der Kommunist flüchtete, konnte aber bald festgenommen werden. Der Amtsvorsteher war ein ruhiger Mann und ist politisch niemals hervorgetreten.

Sühne für einen kommunistischen Feuerüberfall

Dortmund, 21. Juli. Wegen des Feuerüberfalls auf Nationalsozialisten am 20. Februar, bei dem 1 Nationalsozialist durch einen Bruchstück getötet wurde, wurden 11 Kommunisten vom Dortmunder Schwurgericht abgeurteilt. Wegen Totschlags wurde der Anführer der Kommunisten, ein 29 Jahre alter Bergmann, zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von 1 Jahr 3 Monaten bis zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis.

Die Londoner Presse

London, 21. Juli. Die Ereignisse in Preußen sind heute das Thema der Presse. Die meisten Morgenblätter widmen den Vorgängen in Berlin ihre Aufmerksamkeit in so starkem Umfange, daß die anderen bedeutsamen Ereignisse des gestrigen Tages, wie die Umbildung des italienischen Kabinetts, die Bekanntgabe des Entwurfs der Genfer Abrüstungsentscheidung und sogar die beginnende britische Reichskonferenz in Ottawa in den Hintergrund treten. Ein Teil der Blätter, darunter z. B. „Times“, sieht von einer redaktionellen Stellungnahme ab und begnügt sich mit der Wiedergabe der zum Teil umfangreichen Berichte ihrer Berliner Berichterstatter.

Die französische Presse

Paris, 21. Juli. Die Morgenblätter widmen den Ereignissen in Preußen besondere Aufmerksamkeit und geben in spaltenlangen Telegrammen von den Vorgängen in Berlin Kenntnis. Ihre Berichterstatter in Berlin geben in dessen über den Rahmen einer einfachen Darstellung der Ereignisse nicht hinaus und stellen einmütig fest, daß in Berlin und in Deutschland vollkommene Ruhe herrsche. Die Blätter selbst nehmen redaktionell zu den Ereignissen umfangreiche Stellung und betrachten sie zum Teil in Verbindung mit der Umbildung des italienischen Kabinetts.

Amerikanische Mäckerstimmen

Newyork, 21. Juli. Die amerikanischen Mäcker bringen die gestrigen Maßnahmen der Reichsregierung gegen Preußen in großer Aufmachung auf der ersten Seite. „Newyork Times“ sagt, das Vorgehen der Reichsregierung zeige, daß der alte deutsche Instinkt für öffentliche Ordnung sich wieder behauptete. Dieser Beweis der Entschlossenheit der Regierung könnte bei den kommenden Reichstagswahlen die Stimmen für Hitler herabdrücken, der behauptete, daß nur er Deutschland eine wirklich starke Regierung geben könne, die innere Unruhen unterdrücke und den fremden Nationen eine entschlossene Front biete. — „Herald Times“ bemerkt, man dürfe nicht vergessen, daß die Reichswehr die einzige Polizeiorganisation sei, die von Hitlers Gefolgschaft respektiert werde.

Reichsrats-Sitzung fällt aus

Berlin, 21. Juli. Die für heute nachmittag anberaumte Vollversammlung des Reichsrats, in der über die Getreidebündelklassenverordnung entschieden werden sollte, ist mit Rücksicht auf die politische Lage und die Tatsache, daß die preussische Vertretung im Reichsrat noch nicht geklärt ist, abgesagt worden. Auch alle Ausschüßsitzungen des Reichsrats fallen aus. Neue Sitzungstermine sind noch nicht bestimmt worden.

Württemberg

Zur Reichstagswahl

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Um den am Wahltag auf Reisen befindlichen Wahlberechtigten die Abstimmung zu ermöglichen, sind über die Hauptverkehrsstellen Abstimmungsräume auf folgenden deutschen Bahnhöfen eingerichtet worden: Aachen, Augsburg, Bensheim, Berlin Anhalter Bf., Berlin Friedrichstraße, Berlin Görlitzer Bf., Berlin Lehrter Bf., Berlin Potsdamer Bf., Berlin Schlesischer Bf., Berlin Stettiner Bf., Berlin Zoologischer Garten, Bremen Hbf., Breslau Hbf., Charlottenburg, Cranenburg, D.-Eulau, Dresden Hbf., Emmerich, Erfurt, Flensburg, Frankfurt (Main) Hbf., Freiburg (Br.), Friedrichshafen (Hafenbhf.), Groß Bofschpohl (Pommern), Hamburg Hbf., Hannover Hbf., Insterburg, Karlsruhe Hbf., Kehl, Koblenz, Köln Hbf., Königsberg, Konstanz, Leipzig Hbf., Lindau, Marienburg, München Hbf., Münster (Westfalen) Hbf., Nürnberg Hbf., Passau, Regensburg, Sahn-Hafen, Stettin, Stuttgart Hbf., Tilsit, Trier, Warnemünde.

Der Abstimmungsraum in Stuttgart Hauptbahnhof (Turmwartesaal) ist geöffnet von 6 Uhr vormittags bis 10.30 Uhr abends, in Friedrichshafen Hafenbahnhof (Wartesaal 3. Klasse) von 5.30 vormittags bis 10 Uhr abends. In den Bahnhofabstimmungsräumen wird jeder Stimmberechtigte, der im Besitz eines Stimmscheins ist, zur Abstimmung zugelassen. Zur Vermeidung eines größeren Andrangs empfiehlt es sich jedoch, daß die Inhaber von Stimmscheinen, die dazu in der Lage sind, ihr Stimmrecht in einem ordentlichen Abstimmungsraum während der allgemeinen Abstimmungszeit ausüben.

Epp und Kerl in Stuttgart

Stuttgart, 21. Juli. Der preussische Landtagspräsident Kerl zu den Vorgängen in Preußen. Die Nationalsozialisten veranstalteten gestern abend in der Stadthalle eine riesige Wahlkundgebung, in der General v. Epp und der preuß. Landtagspräsident Kerl als Redner auftraten.

Zuerst sprach Generalleutnant a. D. Ritter v. Epp, der ausführte: Der heutige historische Tag sei ein wirklicher Sieg über das rote System. Die roten und schwarzen Gegner seien jetzt endgültig aus dem Sattel geworfen. Dr. Brüning, der sich als konservativ bezeichne, sollte sich eigentlich freuen, wenn jetzt die Entscheidungsschlacht gegen den November 1918 geschlagen werde. Die Parteien der Friedensrevolution 1917 und von Weimar haben das uns auferlegte Joch verschuldet. Die Sinnesänderung des Reichspräsidenten sei als Geschenk des Schicksals zu begrüßen. Die Aufgabe der Regierung Papen sei, gleiche Kampfbedingungen zu schaffen. Wir wollen jetzt eine Entscheidungswahl und kein Kompromiß mit dem Zentrum. Ueber Deutschland soll eine nationale Flagge wehen und nicht die rote Fahne Moskaus oder die gelbe des jüdischen Kapitals oder die Kirchenfahne Roms.

Als zweiter Redner sprach der preussische Landtagspräsident Kerl-Berlin. Sehr rasch habe die Reichsregierung auf seinen (Kerls) gestrigen Brief hin zugegriffen, und zwar auf eine Art und Weise, die er besonders begrüße. Den Reichskommissar habe er nicht gefordert, aber er begrüße seine Einsetzung. Die Zustände in Preußen seien in den letzten Tagen ein offener Bürgerkrieg gewesen. Jetzt aber werde der 31. Juli in Ruhe und Frieden vorbeiziehen. Der heutige Tag sei ein Märktein in der Geschichte des deutschen Volks. Jetzt sei Schluss mit Severing und Braun und niemals mehr werden sie wieder oben hin kommen, aber ebenso sei auch Schluss mit Brüning und dem Zentrum, damit der konfessionelle Friede gesichert bleibe. — Beide Redner fanden stürmischen Beifall.

Gerechtere Verteilung der Reichsaufträge

Die Handwerkskammer Stuttgart als Vorort des Württ. Handwerkskammertages hat sich wegen der ungenügenden Beteiligung der süddeutschen, vor allem der württ. Wirtschaft an den Reichsaufträgen mit einem Antrag an die württ. Regierung gewandt, alle Mittel und Wege zu erschöpfen, um den schon jahrelang bestehenden Kampf gegen die offensichtliche Benachteiligung Württembergs bei der Vergabe von Reichsaufträgen zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Nach Auffassung des Württ. Handwerkskammertages kann dies nach den bisherigen praktischen Erfahrungen nur noch mit einigermaßen Aussicht auf Erfolg durch ein geschlossenes Vorgehen der beteiligten süddeutschen Regierungen und der gesamten süddeutschen Wirtschaftskreise, einschließlich der Vertretungen der Städte und Gemeinden der süddeutschen Länder erreicht werden könne. — Die Berufsvertretungen der Wirtschaft der beteiligten süddeutschen Länder sind um gleichartiges Vorgehen bei ihren Landesregierungen gebeten worden.

Stuttgart, 21. Juli.

Die Stellungnahme der württ. Regierung. Wie Tll. an zuständiger Stelle erfährt, hat heute mittag eine Sitzung des württ. Staatsministeriums stattgefunden, in der über die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen erörtert wurde. Die Beratung wird am Abend oder am Freitag fortgesetzt.

Die sächsische Regierung wird sich weder dem Vorgehen Bayerns anschließen, noch sonstwie gegen die Reichsregierung Stellung nehmen.

Die Arbeitsmarktlage im Arbeitsamtsbezirk Stuttgart. Am 15. Juli 1932 standen im Arbeitsamtsbezirk Stuttgart in der Arbeitslosenunterstützung 6546 Personen und zwar 4526 männliche und 2020 weibliche (gegen 4901 bzw. 2009 am 30. Juni). In der Krisenunterstützung 9243 (9585) männliche und 1904 (1922) weibliche; zusammen 11147 Personen. Insgesamt ergeben sich 17 693 Unterstützungsempfänger, wovon 12 198 auf Groß-Stuttgart gefallen. Stellenangebote waren 44 678 vorgemerkt. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist in der ersten Hälfte des Juli um 724 auf 18 417 gesunken.

Der Arbeitsmarkt im Bezirk des Landesarbeitsamts Süddeutschland. In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung standen im Landesarbeitsamtsbezirk Süddeutschland am 15. Juli 1932 53 686 Personen (30 988 Männer und 16 698 Frauen), in der Krisenunterstützung 85 315 Personen (69 366 Männer und 15 949 Frauen), insgesamt 139 001 Hauptunterstützungsempfänger gegen 146 053 am 30. Juni. Davon kamen auf Württemberg 58 190 (30. Juni 61 711), auf Baden 80 811 (84 342). Auf 1000 Einwohner kamen 27,6 Hauptunterstützungsempfänger. Die Zahl der Beschäftigten

erwerbslos ist bis zum Ende des Monats gezählt; Ende Juni waren es 78 751 Personen oder 15,8 vom Tausend der Einwohner. Arbeitssuchende waren es 302 243 (301 716) Personen. Davon entfielen 122 322 auf Württemberg und Hohenzollern und 179 921 auf Baden. Von den Arbeitssuchenden waren 287 875 als arbeitslos zu betrachten, und zwar 114 344 in Württemberg und 173 531 in Baden.

Pädagogische Veranstaltungen. Vom 1. bis 6. August wird auf dem Heuberg eine pädagogische Schulungswoche abgehalten für Lehrer und Lehrerinnen, Kindergärtnerinnen, Hortnerinnen, Jugendleiterinnen und für Eltern, die sich für Erziehungsfragen interessieren. Es sind Vorträge vorgesehen über die Psychologie der verschiedenen Entwicklungsstufen. Zu Sport, Gesang und Wanderungen ist täglich Gelegenheit gegeben. — Auf der Comburg bei Hall findet vom 28. August bis 4. September die dritte Singwoche der Finkensteiner Singbewegung statt. Sie gilt nicht bloß für Teilnehmer, die sich beruflich mit musikalischen Dingen beschäftigen, sondern auch für andere Schichten des Volks. — Die Schulfeierung Bogelhof bei Hayingen veranstaltet vom 31. 7. 32. bis 12. 8. 32. ihre jährliche Arbeitsgemeinschaft. Die erste Woche steht unter dem Leitwort: „Der Glaube des deutschen Volks“; die zweite Woche setzt sich mit der Politik auseinander.

G 38 in Böblingen. Fahrplanmäßig und pünktlich um 4.15 Uhr nachmittags traf gestern das größte Landflugzeug der Welt, das fliegende Wirtropa-Restaurant D 2500, auf dem in strahlendem Sonnenschein daliegenden Flugplatz Böblingen ein. Eine große Menschenmenge hatte sich eingefunden, um die zweistöckige Jumbomachine zu bewundern. Unter den ankommenden Fluggästen befand sich Staatssekretär König-Berlin. — Das Fluggewicht beträgt 23 Tonnen, das Rüstgewicht 16 400 Kilogramm. Das Flugzeug hat Raum für 32 Gäste und landet wie Segelflugzeuge im Gleitflug, wobei seine teilweise herunterklappbaren Flügeldecken als Widerstand dienen. — Der Luftverkehr Württemberg AG. hatte zu mehreren Rundflügen eingeladen, bei denen man Gelegenheit hatte, Stuttgart und Umgebung von mehr als 1000 Meter Höhe herab zu betrachten und das sichere und ruhige Aufsetzen und Sich-in-der-Luft-Halten des fliegenden Hotels selbst auszuprobieren.

Tierquälerei. Am 5. April riß sich beim Entladen von Vieh auf dem Stuttgarter Schlachthof ein Farren los und verletzte eine Kuh sehr schwer. Der 26jährige Kaufmann Karl Treß, Sohn eines Viehhändlers in Gaisburg, der den Viehtransport leitete, veranlaßte nun nicht die sofortige Abschachtung der Kuh, sondern ließ sie eine Stunde auf der Verlade rampe liegen, ohne sich um sie zu kümmern. Das Gericht verurteilte ihn zu 40 Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt hat 150 Mark beantragt.

Gefährter Ueberfall. In der Hauptstätterstraße war ein einzelner Nationalsozialist von sechs Mitgliedern des „Kampfbunds gegen den Faschismus“ überfallen und mit sieben schweren Stichen niedergestochen und dann noch mit Stiefeln getreten worden. Das Schnellgericht verurteilte vier Angeklagte zu 5, 8 und zweimal 10 Monaten Gefängnis, zwei wurden freigesprochen.

Aus dem Lande

Ludwigsburg, 21. Juli. Nächliche Feldbediebstähle in Eglosheim. In den letzten Tagen machen Garten- und Ackerbesitzer in der Vorstadt Eglosheim immer wieder die unangenehme Feststellung, daß sie von nächtlichen Dieben um den Ertrag ihrer mühevollen Arbeit gebracht werden. In rücksichtsloser Weise werden nämlich die verschiedensten Gemüsearten, insbesondere Kartoffel und Zwiebel, entwendet. Und nicht nur das. Die Blünderer gehen bei ihren Raubzügen so schonungslos zu Werke, daß die übrigen Bewächse dabei zum Teil zertrümmert und damit vernichtet werden.

Bürg. DL. Neckarjhm, 20. Juli. Gedächtnisfeier. In gleicher Weise, wie die Gemeinde vor einigen Jahren das Gedächtnis ihres großen Sohns Professor Heinr. Jäger (des Turnjägers) feierte, beging sie am Sonntag das Gedächtnis des 100. Geburtstags seines gleich berühmten Bruders, Professor Dr. Gustav Jäger (des Wolljägers). Sie waren Söhne des Pfarrers Jäger. An dem Geburtshaus, dem jetzigen Rathaus, wurde eine Gedenktafel errichtet. U. a. sprachen Baron von Gemmingen-Hornberg auf Bürg, Professor Dr. Ewald, Rektor der Technischen Hochschule in Stuttgart, Professor Dr. Wallther, Rektor der Landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim — letztere über Jägers Wirken an beiden Hochschulen —, Dr. Leibinger-Stuttgart für den Zentralverein Homöopathischer Ärzte Deutschlands, und Stadtpfr. Schnitzer für die Tübinger Königsgesellschaft.

Herrenalb, DL. Neuenbürg, 21. Juli. Zweifacher Leichensfund. Im Wald bei dem benachbarten Neusag wurden zwei menschliche Skelette von einem Mann und einer Frau gefunden. Alte Kleidungsstücke, Schuhe usw. lagen dabei. Dem vorläufigen Befund nach dürfte es sich um ein unbekanntes Liebespaar handeln, das hier schon vor 4-6 Monaten Selbstmord verübt. Die Schädel weisen Schußverletzungen auf; auch eine Pistole wurde aufgefunden.

Altensteig DL. Nagold, 21. Juli. Leichensfund. Gestern vormittag wurde bei einem See nahe der Kohlmühle ein Haf, ein Schirm und ein Gefangbuch gefunden und gleich hernach in dem nur knietiefen See die Leiche des 22 Jahre alten Sohnes des Baiermüllers Wurster von Bernerdt-Hornberg. Er hat sich am Sonntag von zu Hause entfernt und liegt vermutlich seit gestern im See. Ob ein Unfall oder Selbstmord vorliegt, ist noch nicht aufgeklärt.

Ulm, 21. Juli. Politische Schlägerei. Gestern abend plagten in der Sattlergasse die erregten Gemüter so heftig aufeinander, daß es zuletzt zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu Tätlichkeiten kam, so daß die Polizei einschreiten und die Ruhe wieder herstellen mußte.

Der Ohrring im Fischleib. Ein Sportfischer fand im Innern eines schweren heftes etwas Glänzendes. Nachdem er den Gegenstand gereinigt hatte, zeigte es sich, daß der eiserne Fisch das Bruchstück eines goldenen Ohrringsleins verschluckt hatte.

Ehrenstein DL. Ulm, 21. Juli. Ungetreuer Geselle. Ein fleißiger Bäckergehilfe ließ sich in letzter Zeit schwere Verfehlungen dadurch zuschulden kommen, daß er beim Brotausführen höhere Beträge forderte, sowie ohne Wissen des Meisters Brot wegnahm und an die Kundenschaft verkaufte. Der ungetreue Geselle wurde in Haft genommen.

Biberach, 21. Juli. Todesfall. Verwaltungsdirektor H. Mayer des Bezirksverbands Oberschwäbischer Elek.

trigatswerke ist gestern nachmittag in Tübingen an einer schweren Operation im 63. Lebensjahr gestorben. Mayer, früher Stadtschultheiß in Friedrichshafen, war seit zehn Jahren Verwaltungsdirektor der GEB.

Langensargen OÄ. Letztens, 21. Juli. Unregelmäßigkeiten auf dem Rathaus. Unregelmäßigkeiten scheinen auch im hiesigen Rathaus vorgekommen zu sein. Jedenfalls ist ein Polizeibeamter seit einigen Wochen bereits vom Dienste befreit. Untersuchung ist eingeleitet.

Haberichsloch OÄ. Brackenheim, 20. Juli. Ansetzung der Bürgermeistereiwahl. Die Bürgermeistereiwahl vom vorletzten Sonntag ist angefochten worden. Bei der Wahl hatten Verwaltungspraktikant Frey von Stuttgart 110 Stimmen und der seitherige Stelleninhaber Bürgermeister Würk 107 Stimmen erhalten. Die Entscheidung liegt der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung ob.

Esslingen OÄ. Walen, 20. Juli. Selbstmord eines Nordhübener. Der Wanderbursche Josef Baumgärtner von Sulzbach in Bayern, der am Pfingstsonntag im Wald bei Esslingen an einem lebensfähigen Mädchen einen Mordversuch verübt hat und seither flüchtig war, ist am Sonntag in Gänzburg in Bayern festgenommen worden. Dort hat er sich nach seiner Einlieferung im Gefängnis erhängt.

Esslingen, 20. Juli. Volk gegen Revolution von oben. In einer Versammlung am Dienstag erklärte Staatspräsident Dr. Volz laut „Joh- und Jagdzeitung“, das Volk sei berechtigt zum Widerstand, wenn eine „Revolution von oben“ komme. Es wäre das Traurigste, wenn die Verfassung von Leuten, die in der Regierung sind, gefährdet wäre.

Calw, 20. Juli. Todesfall. In Kiel ist ein Sohn unserer Stadt, Marine-Ingenieur a. D. Alfred Berner, im besten Mannesalter gestorben. Während des Kriegs war er Unterseebootfahrer und geriet beim Untergang von U 48 in englische Gefangenschaft.

Neckarwöchlingen OÄ. Ludwigsburg, 21. Juli. Opfer der Wirtschaftskrise. Auf dem Sportplatzgelände des hiesigen Athletik-Sportvereins fand man heute den 23 J. a. ledigen Opfer Karl Kleinknecht aus Poppenweiler erhängt auf. Es ist anzunehmen, daß Kleinknecht die Tat aus Schwermut über seine Arbeitslosigkeit begangen hat.

Künzelsau, 21. Juli. Der Gemeinderat gegen unliebsamen Zuzug. Der Gemeinderat hat beschlossen, Hausbesitzer, die Auswärtige ohne sicheres Einkommen in Wohnung nehmen, die dann der Stadt zur Last fallen, keine Stundung städtischer Forderungen oder Steuern zu gewähren.

Von der badischen Grenze, 21. Juli. Bluttat. Gestern Abend geriet in Neckarelz der 29 J. a. Landwirtssohn Georg Frey vor der Treppe seines Hauses mit Konrad Kober in Streit und griff ihn an. Die ihrem Vater zu Hilfe kommende Frau Käthe Weiß geb. Kober wurde von dem rabiaten Menschen gleichfalls angefallen und mit dem Messer schwer verletzt. Sie erhielt zwei gefährliche Stiche in den Kopf und einen in die Hand. Darauf griff der Täter zum Jagdgewehr und gab auf Konrad Kober einen Schuß ab, der jedoch sein Ziel verfehlte. Eine volle Ladung traf sodann den Bruder Konrad Kober, Ludwiga Kober, ins Herz, so daß er sofort umkam und der Tod auf der Stelle eintrat.

Pforzheim, 21. Juli. Zusammenstoß zweier Lokomotiven. Gestern mittag stießen vor der Ein- und Ausfahrt des Maschinenhauses der Eisenbahn am Gaswerk zwei einzelne Lokomotiven zusammen. Die Führer beider Maschinen konnten noch rechtzeitig stark genug bremsen, so daß nur Sachschaden entstand. Die beiden Lokomotiven, die sich gegenseitig aus den Gleisen gehoben und aufgebäumt hatten, wurden mit Winden auseinander und auf die Gleise gebracht. Eine Betriebsstörung trat nicht ein.

Lokales.

Wildbad, den 22. Juli 1932.

Landestheater. Freitag abend das frisch-fröhliche Stück „Krieg im Frieden“, ein Lustspiel mit Musik aus der Vorkriegszeit von Moser und Schönhan. Hier können Sie wirklich einmal vergnügt sein und 2 Stunden nach Herzenslust lachen. — Samstag abend zum 4. Male die entzückende Wiener Operette „Das Dreimäderlhaus“, Singspiel in 3 Akten von Heinrich Berté. Musik nach Franz Schubert. Die Partie des Hanneli singt Hertha Witt. Franz Schubert Karl Kappel. — Voranzeige: Sonntag abend 7 1/2 Uhr zum 4. Male unser großer Erfolg „Im weißen Rössl“, Revue-Operette in 12 Bildern von Ralph Benatzky. Kartenvorbestellungen werden schon heute entgegengenommen.

Violin-Konzert. Heute abend wird die im In- und Ausland bekannte Violinistin Steffi Koschate im Kurzaal ein Konzert geben. Der „Generalanzeiger“ in Wesel schreibt über ihr dortiges Auftreten: „Steffi Koschate kam, sah und siegte. Steffi Koschate's Auftreten war unbedingt eine Sensation. Ihr raffiges, flüssiges und grandioses Spiel ohne jeden Affekt hat unbedingt etwas überwältigend Elementares. Ihr Ton und musikalisches Gefühl, ihre Kraft, Ausdauer und Technik stempeln diese große Künstlerin unbedingt zu einer der größten Geigerinnen der Jetztzeit. Sie besitzt eine bis ins äußerste vervollkommnete Technik, einen bis ins Feinste kultivierten Stil. Ganz steht sie im Dienst des Kunstwerkes und ihr Spiel ist wahrhaft imponierend und von unbeschreiblicher Schönheit.“

Warnung vor Graslauen. Manche Ausflügler ludigen der Luft, wenn sie draußen auf der Wiese liegen. Gras zu fressen. Eines Tages werden sie krank. In der Mundhöhle, im Riecher bildet sich Eiter, nicht selten tritt eine eitrige Rippenfellentzündung dazu. Und die Erklärung? 20 Grashalme haben sie im Mund gehabt, sie haben ihnen nichts geschadet. Der einundzwanzigste war Batterienträger. Der Strahlenpilz, ein winziger Keim, der auf den Pflanzen schmachtet, war in die Mundschleimhaut gekommen, hatte Eiter gebildet, der auch die Lunge ergriff. Es liegt also Gefahr im Gräserauen!

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Sonntag, 21. Juli:

6.00: Zeitangabe, Wetterbericht, Gumnastik. 7.00: Wetterbericht. 7.00 bis 8.00: Konzert. 8.45: Junfermannskonzert. 10.00: Kammermusik. 10.30: Schulfunk: „Lieder des Volkes aus der Polz“. 11.00: 1. Hauptkonzert des 11. Deutschen Sängerbundeslehes. 12.00: Wetterbericht. 12.05: Junfermannskonzert. 12.30: Konzert. 13.00: Nämliche Konzerte. 13.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Nachrichten. 13.30: Rätsche und Tänz. 14.30: Klaphorn- und Waldhornmusik. 14.50: Konzert. 15.30: Jugendstunde. 17.00: Konzert. 18.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Sportbericht. 18.30: Vortrag: Der Mann, der die Welterschichte fertigte. 18.50: Zeitangabe, Wetterbericht. 19.00: Streichliche Volkslieder und Jodeln. 20.00: Theaterabend. 22.00: Ruffahrt aus Pöschelstamm (Stelle). 22.30: Zeitangabe, Wetterbericht, Nachrichten. 23.30: Nachtkonzert.

Handel und Verkehr

Weitere Zunahme der Wohlfahrtserversloien in Preußen

Im Juni ist die Gesamtzahl der Arbeitslosen sowie die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge zwar weiter zurückgegangen, die Zahl der von den Gemeinden betreuten Wohlfahrtserversloien aber erneut gestiegen. Nach der Erhebung des preußischen statistischen Landesamts vom 30. Juni 1932 sind in Preußen 1552 131 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtserversloie gezählt worden, gegenüber 1 508 988 Ende Mai.

Gegen den 30. Juni 1931 ist die Wohlfahrtserversloienzahl um 825 492 oder 113,6 Prozent höher. Auf 1000 Einwohner entfallen im Durchschnitt 46 1 Wohlfahrtserversloie.

Devisenhöchstbeträge für August. Der Reichswirtschaftsminister hat angeordnet, daß die Importeure für den Monat August 1932 den Höchstbetrag ihrer allgemeinen Genehmigungen in den Vormonaten nur bis zur Höhe von 50 Prozent in Anspruch nehmen dürfen.

Ueber 5 Milliarden Fehlbetrag im französischen Ausfuhrhandel. Im ersten Halbjahr 1932 belief sich die französische Einfuhr auf 15,28 Milliarden Franken (gegen 23,20 Milliarden im ersten Halbjahr 1931), die Ausfuhr auf 10,08 (16,22) Milliarden. Der gesamte Außenhandel ist also von 39,42 auf 25,35 Milliarden Franken oder um rund 36 Prozent gegen die gleiche Vorjahreszeit zurückgegangen. Verhältnismäßig am stärksten war die Ausfuhr von dem Rückgang betroffen. Während nämlich die Einfuhr um 34,5 Prozent zurückging, zeigt die Ausfuhr einen Rückgang um 38 Prozent. Die Handelsbilanz zeigt, daß die französische Wirtschaft von der Krise immer mehr betroffen wird.

Konkurs. Firma Kaiser-Ditt, Nahrungsmittelfabriken, Hauptniederlassung Heilbronn, Zweigniederlassung Berlin.

Vergleichsverfahren. Ja. E. Rohner-Kellenberger, Ing. Gottlob Reuter und Paul Rohner in Mengen OÄ. Sulzgau. — Oskar Bühner, Garne, Kurz-, Web- und Strumpfwaren in Spaichingen. — Frau Sophie Als Wwe., Inh. der Fa. A. Als u. Sohn, Webfabrik in Ulm. — Diplombaukammern Rohmann, Ulm.

Stuttgarter Börse, 21. Juli. Die heutige Börse eröffnete zu recht gut behaupteten Kursen. Im Verlauf bei ruhigem Geschäft widerstandsfähig. Schluss etwas besser. Am Rentenmarkt waren Württ. Hypothekendarlehen-Pfandbriefe wenig verändert, während Württ. Kreditverein-Gold-Pfandbriefe etwa 0,5 Prozent nachgaben. Altbesitzanleihe unverändert 4,5 Prozent. Der Aktienmarkt war bei mäßigen Umsätzen gut behauptet. Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Stuttgart.

Mannheimer Produktenbörse, 21. Juli. Weizen inf. 26,25 bis 26,75, Roggen inf. 21,75—22, Hafer inf. 17—19, Braugerste pfälz. 20—20,25 Futtermittel 18,25—18,50, Weizenmehl Spez. 0 mit Auslandszw. Juli-August 38,80, do. 15. Sept.—Okt. 35,15, ohne Auslandszw. 34,15, südd. Weizenzugsmehl 42,80—39,15—38,15, südd. Weizenbrotmehl 30,80—27,15, do. mit Auslandszw. 26,15, Roggenmehl 60—70proz. Ausm. 28,25—29, Mele feine 9,25, Bierereber mit Saft 10,75, Raps neuer Ausl. 10,75—11, Erdnußkuchen 12,50—12,75.

Magdeburger Zuckerpriese, 21. Juli. Innerhalb 10 Tagen 32,20 und 32,50, Juli 32,45 und 32,50—55, Tendenz ruhig.

Bremen, 21. Juli. Baumwolle Middl. Univ. Stand. loco 6,85.

Märkte

Stuttgarter Schlachthofmarkt vom 21. Juli. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof waren zugetrieben: 6 Ochsen, 5 Bullen, 88 Jungbullen, 42 Rinder, 9 Kühe, 269 Kälber, 428 Schweine. Davon blieben unverkauft: 5 Ochsen, 45 Jungbullen, 22 Rinder. Verkauf des Marktes: Kälber ruhig, Schweine mäßig.

	21. 7.	19. 7.	Rühe:	21. 7.	19. 7.
Ochsen:			stetig	—	12—14
ausgemästet	—	30—33	gering gemästet	—	9—11
vollfleischig	—	25—28	Kälber:		
fleischig	—	22—24	feinste Rast- und beste Saughälber	35—37	34—37
Bullen:			mittl. Rast- und gute Saughälber	28—32	28—32
ausgemästet	22—23	23—24	geringe Kälber	25—27	24—27
vollfleischig	21—22	21—22	Schweine:		
fleischig	19—20	19—20	über 300 Pfd.	44	44
Rinder:			240—300 Pfd.	44	44
ausgemästet	—	34—37	200—240 Pfd.	43—44	43—45
vollfleischig	28—31	28—32	100—200 Pfd.	42—43	42—43
fleischig	24—27	24—27	120—100 Pfd.	38—40	39—41
gering gemästet	—	—	unter 120 Pfd.	38—40	39—41
Rühe:			Sauen:		
ausgemästet	—	22—27		30—36	30—36
vollfleischig	—	17—20			

Viehpreise. Baden: Ochsen 330—500, Kühe 230—320, Kalbinnen 310—335, Rinder 120—310, Färren 85—140. — Biberach: leichte Färren 150—200, Ochsen 260—320, Kühe 200—400, Kalbinnen 220—358, Jungvieh 60—180. — Gschwend: Stiere 320—350 Markt das Paar, Kühe 80—440, Kalbinnen 230—400, Jungvieh 80—170. — Oberndorf: Einstellvieh 80—190, Rinder 270, Kalbinnen 240—360, Kühe 275—330, Ochsen 290 M.

Bekanntmachung!

Die hiesige Meldestelle der Allgemeinen Ortskrankenkasse Neuenbürg ist in der Zeit vom 25. Juli bis 13. August 1932 Montags bis Freitags nur nachm. von 1.30 bis 6 Uhr Samstags nur vormittags von 8 bis 1 Uhr geöffnet!

Großer Posten Schlangen - Gurken
große, Stück 12 ¢
extra große, Stück 15 ¢

Gelbfleischige Kartoffeln
6 Pfund 30 ¢

Neue Zwiebeln 3 Pfd. 28 ¢
ff. Salat-Del Liter 60 ¢

Eier-Makharoni
Eier-Schnittnudeln 75 ¢
2 Pfund

Vollsaftiger Schweizerkäse
1. Qualität gr. Block
Pfund 1.10

bis Samstag
1 Liter Dürkheimer Rotwein
und 1 Wein-Römer 70 ¢
für nur
und Rabattmarken

Stadt. Freibank.
Samstag den 23. Juli 1932
nachmittags von 5 Uhr ab

Kalbfleisch
Pfd. 50 Pfg.

Frisches Rehragout
Pfd. 60 Pfg.

W. Blumenthal
Tel. 264.

Landestheater
Direktion: Steng-Krauß
Fernsprecher 535
Anfang jeweils abends 8 Uhr
Freitag den 22. Juli
Krieg im Frieden
Lustspiel.
Samstag den 23. Juli
Das Dreimäderlhaus
Singspiel

So froh, so frei macht nur ein Mey!

DER MEY-KRAGEN
mit dem feinen Wäschestoff

So ganz anders als Kragen sonst!
Nie hat man Ärger mit ihm!
Er wird nicht gewaschen, nicht gebleicht. Man blendet immer einen ganz neuen um.

Herzlich ist das!

Dutzendpackung M 2.50
6 Stück M 1.25

Hermann Aberle
Wildbad, König-Karlstraße
Spezialität:
Oberhemdenden, Kragen
Krawatten, Socken
größte Auswahl

Ziehung 12. und 13. August 1932

Stuttgarter Schloßbrandhilfe
Geldlotterie

Losse nur 50 Pf.
Doppellosse 1 Mk.
Porto u. Liste 30 Pf. in allen Verkaufsstell.

50000
25000
15000

Glücktasche mit 10 Loosen franko mit Liste 5 Mk.

J. Schweickert Stuttgart
Marktplatz 6
Konto 205

Meymer Kaffee
ist für Feinschmecker!

Gorgfältig ausprobierte Mischungen

Frauenlob 1/4 Pfd.-Pat. 90 ¢	Kaffee, lose
Haushalt " 80 ¢	1/4 Pfd. 48, 55 u. 60 ¢
Brasil " 70 ¢	

Prämien-Gutscheine und Rabattmarken!

Pfannkuch Wilhelmstr. 31

Gasthaus zur Eintracht
Samstag und Sonntag

Mekelsuppe

wozu freundlichst einladet **W. Wurz.**

Zimmer in ruhiger Lage von gesucht.
Dame für 3—4 Wochen gesucht.
Off. mit Preis an die Tagblattgeschäftsstelle unter D 169 erbeten.